



Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

(Organ der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, der Vereinigung der deutschen Schmiede, sowie der Metallarbeiter-Fachvereine Deutschlands.)

Ercheint
wöchentlich einmal Samstags.
Abonnementpreis bei der Post
pr. Qu. 80 Pf.
In Partien durch die Exp. direkt
bezogen, billigerer Preis.

Inserate die dreispaltige Petit-
zeile 20 Pf., Kassen- und Ver-
sammlungsanzeigen, sowie An-
zeigemarkt 10 Pf. die Zeile.
Red. u. Expedition: Nürnberg,
Weizenstraße 12.

Nr. 7.

Nürnberg, 12. Februar 1887.

5. Jahrgang.

Für die Mitglieder der gewerkschaftlichen Vereinigungen.

Wenn man davon abieht, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen eine große politische Bedeutung für das gesammte Volk haben, wenn man ferner auch die allgemeinen Arbeiterinteressen mehr oder weniger außer Auge läßt, so haben ganz besonders auch die gewerkschaftlichen Vereinigungen immerhin doch ein großes spezielles Interesse an der Neugestaltung des Deutschen Reichstags.

Wir rathen selbstverständlich diesen Vereinigungen, den Fachvereinen, den Krankenkassen u., nicht, als solche sich an politischen Kämpfen zu betheiligen, da denselben allerlei gesetzliche und polizeiliche Bestimmungen entgegenstehen, aber dem einzelnen Mitgliede solcher Vereinigungen ist es vollständig unbenommen, sich auch um die Gestaltung der Gesetzgebung zu kümmern, da ja schließlich die Reichsgesetzgebung in die Lage gebracht werden kann, die Stellung der gewerkschaftlichen Vereinigungen im ganzen wirtschaftlichen Betriebe zu bestimmen und denselben eine von Polizeiverordnungen und Landesgesetzen befreite Lage zu bereiten.

Noch dieser Richtung hin sollten alle Arbeiter, auch solche, welche gegenwärtig noch vorzugsweise das Heil der Arbeiterklasse in allerlei speziellen Interessenvereinigungen erblicken, zu wirken suchen und nur Männern bei den nächsten Reichstagswahlen ihre Stimme geben, welche ernsthaft die Befreiung jener Vereinigungen von allerlei Druck im Interesse der Entwicklung der gesammten Arbeiterbewegung anstreben.

So wird in erster Linie bei den nächsten Reichstagsverhandlungen wieder in Frage stehen der Antrag zum Schutze der Coalitionfreiheit. Alle Spezialgesetze der Einzelstaaten, alle Verordnungen der Einzelregierungen, welche sich gegen die durch Reichsgesetz verbürgte Coalitionfreiheit der Arbeiter richten, müssen durch eine klare Fassung des Paragraphen 152 der Reichsgewerbeordnung unschädlich gemacht werden. Die Vertreter der Arbeiterpartei im aufgelösten Reichstage haben bekanntlich auch einen dahin zielenden Antrag eingebracht, der, in eine Commission verwiesen, durch die plötzliche Auflösung des Reichstags nicht mehr zu eingehender Verhandlung gekommen ist.

Wenn die Arbeiter und auch die Mitglieder solcher Vereinigungen, für welche der Antrag zum Schutze der Coalitionfreiheit besonders eingebracht worden ist, nun wollen, daß derselbe wiederum den Reichstag beschäftigen und eine kräftige Vertretung hinter demselben stehen soll, dann mögen sie sich bei den Neuwahlen energisch betheiligen und solche Männer wählen, welche die Freiheit der Arbeiterbewegung zu verteidigen und zu fördern wissen. Und wahrlich, selbst die aufgeklärteren Mitglieder der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine dürften

sich bei solchen Fragen in ihrem eigenen Interesse nicht von den Vertretern der Arbeiterpartei trennen und diesen ihre Stimme geben, da die Ausichtslosigkeit der Hirsch-Dunker'schen Partei doch bald männiglich bekannt sein sollte. An die durch den Herrn Anwalt der Gewerkvereine versimpelten Mitglieder wenden wir uns bei solchen wichtigen Fragen selbstverständlich nicht; diese wollen wir gern, nach wie vor, den Deutschfreisinnigen nachhumpeln lassen.

Aber auch die Arbeiterschutzgesetze sollen wenigstens in ihren einzelnen Theilen zur Berathung im Reichstage wieder eingebracht werden. Die Mitglieder der gewerkschaftlichen Vereinigungen aber haben, gerade so wie die Arbeiter überhaupt, das regste Interesse daran, daß die Fragen der Sonntagsarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, der Gefängnisarbeit, des Maximalarbeitstages, eines Minimallohnes, einer Arbeitervertretung im Reiche und wie all' die Fragen noch weiter lauten mögen, im nächsten Reichstage zur Sprache kommen und eine tüchtige Vertretung finden.

Dann müssen auch die in einer gewissen Ueberhäufung festgestellten Kranken- und Unfallversicherungsgesetze baldigst ihres bureaukratischen Charakters entkleidet und der polizeilichen Bevormundung entzogen werden. Die Frage der Altersversorgung der Arbeiter, welcher die Regierung jetzt, trotzdem dieselbe als dringend in einer kaiserlichen Volkschaft bezeichnet worden ist, kühl aus dem Wege zu gehen scheint, muß in der nächsten Reichstagsession angeregt werden, um auch nach dieser Richtung hin Klarheit zu schaffen.

Und wenn dann noch durch eine verständige Reichstagsmajorität die Ausnahme Gesetze, besonders die gegen die Arbeiter gerichteten, aufgehoben würden, wenn dadurch auch die gewerkschaftlichen Vereinigungen Luft erhielten und Bahn frei für ihre weitere Ausbreitung, so würden dieselben dies gewiß mit großer Freude begrüßen.

Aber mit solcher Freude ist nicht viel erreicht. Für solche Forderungen mit aller Kraft eintreten, das ist nöthig!

Deshalb mögen die gewerkschaftlichen Vereinigungen selbst ruhig ihre unpolitischen Bahnen weiter ziehen und sich der Sorge um die wirtschaftliche und persönliche Lage ihrer Mitglieder widmen, aber das einzelne Mitglied solcher Vereine kann und soll auch insbesondere im Interesse seines Vereins nicht zurückstehen und bei den nächsten Reichstagswahlen sich betheiligen im Interesse der gesammten Arbeiterpartei Deutschlands.

So wollen wir annehmen, daß alle Arbeiter, sie mögen Interessenvereinigungen angehören, welchen sie wollen, sich einig in der großen Idee fühlen, die Arbeit frei zu machen von dem auf ihr lastendem Drucke.

Dazu aber kann der Ausfall der nächsten Reichstagswahlen wenigstens etwas beitragen und —
„Viele Tropfen höhlen den Stein aus!“

Das Damoklesschwert über dem Haupte der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Die Vertreter des unter der Leitung des Dr. Max Hirsch stehenden Verbandes der deutschen Gewerkvereine haben es stets gewollt, daß sie als eine Art privilegierter Stellung ein, derselbe genösse den Schutz nicht bloß der Fortschrittspartei, der er politische Heerfolge zu leisten bestimmt war, sondern auch die Unterstützung der Regierung. In den Jahren 1878 vernichteten die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine die Cigarren- und Tabakarbeiter, der Maurer und Steinhauer, Metallarbeiter u. s. w. gegenüber keine Spur von Schonung kannte.

Die Herren glaubten oder gaben vor zu glauben, ihre Stellung sei unanfechtbar, und sie freuten sich ihrer Schamlosigkeit, mit der sie die Gewerkvereine als solche von direkter Beschäftigung mit Politik fern zu halten sich bemühten, während es ihnen gelang, die Mehrzahl der Verbandsmitglieder bei den Wahlen in den Dienst der Fortschrittspartei zu stellen.

Beides, sowohl die Freude über ihre Schamlosigkeit, als der Glaube an die politische Unanfechtbarkeit der Gewerkvereine dürfte den Herren Dr. Max Hirsch und Genossen nun wohl schon abhanden gekommen sein, nachdem zunächst vor Kurzem das Amtsgericht zu Nizdorf gegen die dortigen Vorstände der Gewerkvereine auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes ein verurtheilendes Erkenntniß gefällt hat.

Das Nizdorfer Amtsgericht nahm als erwiesen an, daß die Gewerkvereine eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken und demgemäß Statuten und Mitgliederverzeichnis der Polizeibehörde einzureichen, sowie ihre Versammlungen derselben anzuzeigen verpflichtet seien.

Dieses war der erste Streit, dem der zweite sogleich nachfolgen kann; dieser zweite besteht darin, daß man die Gewerkvereine für politische Vereine erklärte.

Eines der neuesten grünen Hefte von diesem Jahre, Nr. 2 der „Grenzboten“, in denen man sehr häufig grünen und blauen sehen kann, was die preussische und die Reichsregierung gelegentlich an politischen Früchten zu ernten beabsichtigt, dieses grüne Heft also bringt eine äußerst sachliche Abhandlung mit der unzweideutigen Frage als Ueberschrift: „Sind die deutschen Gewerkvereine politische Vereine?“

Das preussische Vereinsgesetz bestimmt, daß Vereine welche sich um „öffentliche Angelegenheiten“ kümmern, der Anzeigepflicht unterliegen, d. h. gehalten sein sollen, der Polizeibehörde ihres Ortes Statuten und Mitgliederverzeichnis einzureichen und ihre Versammlungen anzumelden.

Dieses Vereinsgesetz bestimmt ferner, daß Vereine, welche sich mit „politischen“ Angelegenheiten befassen, nicht miteinander in Verbindung stehen dürfen.

Mit Beziehung auf diese wichtigen vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen stellen nun die „Grenzboten“ Erörterungen über das an, was unter öffentlichen sowohl als unter politischen Angelegenheiten zu verstehen ist.

Sie schreiben:

„Nach der einschlägigen Judikatur (Rechtssprechung) begreifen „öffentliche Angelegenheiten“ nicht bloß die der Gesamtheit, sondern auch engerer, politisch oder sozial begrenzter Kreise, selbst wenn sie zugleich Privatinteressen mit berühren, d. h. alle über den Rechtskreis bestimmter (physischer oder juristischer) Personen hinausgehende Verhältnisse, namentlich die sozialen Interessen, sowohl der Gesamtheit als einzelner Berufsklassen, wie z. B. die sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes (sei es insgesamt oder in einzelnen Gewerben) gegenüber den anderen Ständen). „Politische Gegenstände“ aber begreifen alle den Staat als Inbegriff der Gesamtheit in seinem inneren und äußeren Beziehungen berührende Interessen, insbesondere die sozialen Fragen, sofern sie zum Staat in praktische Beziehung treten (also z. B. eine Aenderung der bestehenden Staatseinrichtungen oder Gesetze bezwecken oder voraussetzen), d. h. als sozialpolitische Fragen.

„Hiernach ergibt sich, daß zwar alle politischen Angelegenheiten zugleich öffentliche sind, aber nicht alle öffentlichen politische.“

Im Anschluß an diese zweifellos zutreffende Begriffsbestimmung führt nun der Artikelschreiber eine Anzahl Stellen aus den Verfassungen und Momente aus der Geschichte der Gewerkschaften vor, welche ihm zur Entscheidung der Frage, ob die Gewerkschaften politische Vereine sind, besonders wichtig erscheinen. Als dann fährt er fort:

„Kommen wir nun zu unseren Schlussfolgerungen, so ergibt sich aus den vorstehenden Aufzeichnungen klar und deutlich, daß die deutschen Gewerkschaften nicht allein „politische“ Vereine sind, sondern mittelst der förderativen Institution des „Verbandes“ sogar eine eigene Arbeiterpolitik betreiben, welche die genossenschaftliche Selbsthilfe zum leitenden Prinzip hat und nur zu dessen Ergänzung eine staatliche Mitwirkung zuläßt, also — ganz im Gegensatz zu der auf Grund der kaiserlichen Reform — jede staatliche Einmischung und jeden staatlichen Zwang, insbesondere den Versicherungszwang, grundsätzlich verwirft.“

Aus diesen Schlussfolgerungen des offiziellen Grenzboten-Sozialpolitikers ergibt sich nun das drohende Geschick, welches die Gewerkschaften jeden Augenblick ereilen kann. Der Grenzbotenmann spricht es unumwunden aus: „Die Gewerkschaften würden also zunächst der vereinigungsgesetzlichen Anzeigepflicht unterliegen, d. h. für jeden „Gewerkschaft“ wären von Reichswegen der Polizeibehörde des Ortes, wo der Verein seinen Sitz hat, und daneben für jeden dazu gehörigen „Ortsverein“ der entsprechenden Ortspolizeibehörde Statuten und Mitgliederverzeichnisse anzumelden.“ Hiernach wäre nun, meint der Artikelschreiber, die Existenz der Gewerkschaften allerdings noch gar nicht in Frage gestellt. Aber: „bei der weiteren Frage nach dem vereinigungsgesetzlichen Verbot der gegenseitigen Verbindung politischer Vereine“ käme freilich diese Existenz selbst in's Spiel; „denn in dieser Beziehung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Bund der deutschen Gewerkschaften, wie er sich in Gestalt des Verbandes darstellt, jenem Verbot direkt zuwiderläuft. Schon durch den bloßen Anschluß an diese Organisation nehmen die Gewerkschaften den Charakter politischer Vereine an, selbst wenn sie für sich als Einzelvereine gar keine Politik treiben sollten.“

Damit ist für die Gewerkschaften jeder Rettungsweg in der Richtung ihrer bisherigen Bestrebungen verschlossen. Jeder von ihnen ist der behördlichen Schließung verfallen, mag er selbst sich auch noch so sehr hüten, Politik zu treiben.

Freilich wird man darauf erwidern: Die Gewerkschaften sind doch, was und wie sie sind, nicht erst seit gestern — warum hat die preussische Regierung sie denn so lange bestehen lassen?

Der Grenzboten-Sozialpolitiker gibt uns endlich den Grund an. Er läßt sich darüber folgendermaßen vernehmen:

„Wenn die Gewerkschaften gleichwohl den vereinigungsgesetzlichen Beschränkungen von den Behörden bisher nicht unterworfen worden sind, so dürfte dies keine Erklärung darin finden, daß der öffentlich rechtliche, insbesondere politische Charakter dieser Vereine ursprünglich nicht so

deutlich hervortrat, und von ihrer ungehinderten Entwicklung vielleicht ein wertvolles Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Agitation, insbesondere gegen die von dieser Seite geförderten „Gewerkschaften“ erwartet wurde.“

Siehst du wohl, mein liebes Leschen! Ein wertvolles Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Agitation, insbesondere gegen die — ausschließlich die Behauptung des einmal erreichten Standard of life, der mühsam errungenen, bekanntlich außerordentlich bescheidenen Lebenshaltung unserer Arbeiter, beziehungsweise eine sehr mächtige Besserung dieser Lebenshaltung, bezweckenden Gewerkschaften — das hätten die Gewerkschaften der Herren Hirsch Dunder sein sollen und müssen, um das Recht zur Existenz zu behalten.

Damit aber ja nicht etwa die Hoffnung Raum gewinne, daß dies nur ein flüchtiger Einfall sei — ohne Gewicht und gefährliche Konsequenzen und damit auch ja der Zusammenhang dieser drohenden Wendung der Regierungsmacht wider die Gewerkschaften mit den sozialreformistischen Bestrebungen des Reichskanzlers klar hervorgekehrt werde, dozieren die „Grenzboten“ weiter:

„Haben die Gewerkschaften diese Erwartungen grundsätzlich getäuscht, ja sich den reizenden Fortschritten der Sozialdemokratie gegenüber als völlig machtlos erwiesen, und andererseits unter der Aera der sozialen Reform ihren politischen Charakter ungewisshaltig zu Tage treten lassen, so dürften sie damit auch den Schein eines Anrechts auf ihre privilegierte Stellung zum Vereinsgesetz verwirkt haben, und dies um so mehr, als ihre oppositionelle Haltung zu der auf Grund der kaiserlichen Botenschaft begonnenen Sozialreform das Interesse und das Verständnis dafür in den Arbeiterkreisen jedenfalls nicht fördern kann.“

Oben sagte ich, es sei den Gewerkschaften jeder Rettungsweg in der Richtung ihrer bisherigen Bestrebungen verschlossen. An dieser Stelle nun offenbart sich diejenige neue Richtung, in welcher die Gewerkschaften marschieren müßten, wenn sie dem Untergang ausweichen und ihren Verband unter hoher obrigkeitlicher Duldung, wie bisher, weiter bestehen sehen wollten.

Ein Gegengewicht, sei es gegen die Sozialdemokratie, sei es gegen die von der Sozialdemokratie völlig unabhängigen Gewerkschaften, sind die Gewerkschaften nicht im Minimum gewesen und werden sie nie sein — aber für die „auf Grund der kaiserlichen Botenschaft begonnene Sozialreform“ zu wirken, könnten sie immerhin versuchen, mit Hilfe einer energischen Schwendung von der windigen manchesterlicher Selbsthilfe zu der bleischweren bismarckischen Staatshilfe.

Herr Dr. Rog Hirsch — wie wär's? — Aber die deutschfreisinnige Partei? Je nun — laß fahren dahin, laß fahren! Papa Eugen Richters Aschenbrödel zu sein, ist ohnehin weder angenehm noch ehrenvoll.

Vielleicht gönnt man den Herren eine längere Ueberlegungsfrist, vielleicht versucht man sie durch eine Reihe von Prozessen, gleich dem Rixdorfer, müde zu machen, — in jedem Falle hängt das Schwert des Damokles an den bewußten drei Haaren, und was daran hängt, kann jeden Augenblick vernichtend herabfallen.

beg.

Die moderne Feuer- und Eisencultur und ihre Zukunft.

I.

Das Charakteristische der modernen Feuer- und Eisencultur, schreibt der „Neue Bauhandwerker“, ist die Bewältigung bzw. Verarbeitung riesiger Rohstoffmassen mit Hilfe der Dampfkraft. Für die Erzeugung dieser Kraft sind die Kohlenschätze des Erdinneren maßgebend; lediglich ihnen verdanken Handel und Industrie ihre großartige Entwicklung; es gibt kein anderes Brennmaterial, welches im Dienste der Volkswirtschaft die Kohle auch nur annähernd ersetzen könnte. Ganz besonders die Eisenindustrie ist von diesem Material abhängig und damit aber auch in hohem Grade der Stand der Kultur. Mit vollem Recht kann man sagen, daß vom Kulturzustand eines Volkes nicht allein der Verbrauch der Seife ein Bild gibt, sondern auch die Erzeugung und Verarbeitung von Eisen, vertheilt auf den Kopf der Bevölkerung.

Ueber den Umfang der Eisenindustrie enthalten die unlängst veröffentlichten Berichte der englischen Parlamentscommission über das Darniederlegen von Handel und Industrie sehr interessante und belehrende Mittheilungen. Das Eisen nimmt in der Volkswirtschaft die dritte Stelle ein; ihm gehen nur, was ja selbstver-

ständlich ist, die Nahrungs- und Bekleidungsmittel vor. In Zahlen stellt sich die Roheisenerzeugung der ganzen Welt wie folgt dar:

	im Jahre 1870	1875	1879	1880
Millionen Tonnen	11565	13633	14048	18077
	im Jahre 1881	1882	1883	1884
Millionen Tonnen	19377	20726	21063	20283

Man rechnet, daß die Bevölkerung der Erde etwa 1420 Mill. Menschen beträgt; von diesen verbrauchen 410 Mill. etwa neunzehn Zwanzigstel sämmtlichen Eisens; das letzte Zwanzigstel kommt auf den Rest von 1010 Millionen Seelen. Es gibt also noch sehr viele Menschen die recht wenig Eisen verbrauchen; denn rechnet man die betreffenden Quantitäten auf den Kopf der Bevölkerung, so findet man, daß bei der ersten Kategorie etwa 50 Kilo Eisen auf den Kopf kommen, während die größere Hälfte der Menschen — die 1010 Millionen — etwa jährlich noch nicht ganz 1 Kilo auf den Kopf verbrauchen; ja, 517 Millionen Asiaten bringen es noch nicht auf 1/2 Kilo. Diese Ziffern lassen erkennen, in welcher außerordentlich hohem Maße die Eisenproduktion der Erde noch einer Steigerung fähig ist; sie ist es in demselben Maße, wie die Civilisation überhaupt.

Die erste Stellung in der Roheisenerzeugung nimmt England ein und stellt sich deren Entwicklung wie folgt:

	im Jahre 1806	1823	1830	1839
Tonnen	258200	450815	698900	1243680
	im Jahre 1847	1852	1860	1865
Tonnen	1999600	2701000	3826750	4819250
	im Jahre 1870	1875	1880	1884
Tonnen	5963510	6365460	7748230	7811720

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, liegt die Roheisenerzeugung Englands von 110 Kilo im Jahre 1854 auf 230 im Jahre 1884, also um mehr als das Doppelte binnen 30 Jahren.

Dann folgen in absteigender Linie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche noch 1855 vor Frankreich nichts voraus hatten. In dem Zeitraum von 1865 bis 1876 erzeugten Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten 30 Kilo auf den Kopf. Die Vereinigten Staaten eilten dann aber rasch aufwärts, wurden jedoch zwischen 1875 und 1880 von Deutschland eingeholt, um dann abermals voran zu eilen. Frankreich blieb in diesem industriellen Wettlauf weit zurück; es hat seine Roheisenerzeugung auf nur 50 Kilo pro Kopf gebracht, während Deutschland 70 und die Vereinigten Staaten 80 Kilo pro Kopf erzeugen.

Deutschland steht an dritter Stelle, während Frankreich die vierte einnimmt. Dann folgen Belgien, Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Der belgischen Eisenindustrie wird von verschiedenen Seiten jede Existenzberechtigung abgesprochen; man macht geltend: In Belgien müssen die Erze fast ausschließlich weit hergebracht werden und die Kohलगewinnung sei schwierig und theuer. Dieser Einwand gegen die Existenzberechtigung der dortigen Eisenindustrie ist wohl nicht ganz stichhaltig; jedenfalls darf man ihn nur gelten lassen in Verbindung mit der Thatsache, daß Belgien fast seine ganze Produktion auf dem Weltmarkt absetzen muß und dadurch zu einem bedenklichen va banque-Spiel verleitet wird; es bekämpft mit Schleuderpreisen die auswärtige Concurrenz, und dieses ist nur möglich auf Kosten der Arbeitslöhne, die schwerlich — Oberschlesien vielleicht ausgenommen — in einem der Hauptländer einen so niedrigen Stand erreicht haben. Die Untersuchungen der behördlichen Arbeitscommission haben ja darüber geradezu unerhörte Thatsachen enthüllt.

Oesterreich ist auf den Absatz im eigenen Lande beschränkt; mit äußerster Mühe und nur durch hohe Schutzzölle wird seine Eisenindustrie künstlich gehalten; auf die Dauer wird aber auch das nicht möglich sein. Die früher so erfolgreiche alpine Industrie war auf Holzkohleneisen begründet; Holzkohlen aber sind, wie überall, so auch in Oesterreich, ein viel zu kostspieliges Material geworden und der Weg, den die mineralische Kohle zu den Gebieten der alpinen Erze zurückzulegen hat, ist viel zu weit, um die fernere Existenz der alpinen Werke auf die Dauer zu ermöglichen. Diese Verhältnisse charakterisieren sich in den Preisen auf's Deutlichste. In Oesterreich kostet das Roheisen eben so viel Gulden, wie Mark in Deutschland. Die oft gehörte Behauptung ist also ganz zutreffend, daß Oesterreich, wenn es sich nicht entschließt, seine Grenzen wenigstens dem deutschen Rohprodukte zu öffnen, auch auf die Möglichkeit wird verzichten müssen,

auf dem Weltmarkte concurrenzfähig zu werden und der eigenen Industrie billigere Maschinen zu liefern.

Ueber Rußland ist wenig zu sagen; es besitzt gewiß bedeutende Hilfsquellen, hat aber mit Ausbeutung derselben kaum den Anfang gemacht.

Ueber den Verbrauch des erzeugten Eisens dürften folgende Angaben von Interesse sein:

Das Werkzeug im allgemeinen Sinne — also einschließlich der Maschinen u. dgl. — verbraucht volle zwei Drittel alles erzeugten Eisens. Wenn wir annehmen, daß die Welt etwa 21 Millionen Tonnen Roheisen pro Jahr erzeugt, so sind etwa 14 Millionen Tonnen, jede zu 1000 Kilogramm, auf Werkzeuge, Maschinen etc. zu rechnen. Das letzte Drittel des erzeugten Eisens entfällt auf die Eisenbahnen; nimmt man aber auch noch den Schiffbau hinzu, sowie alle Hilfswerkzeuge und Maschinen zu Transportzwecken, so wird man wohl nicht fehl gehen, ungefähr die Hälfte der Eisenproduktion der Welt auf Transportmittel, die andere Hälfte auf Werkzeuge und Maschinen, soweit sie nicht den Transportmitteln zugehören, zu schreiben.

Betrachten wir uns nun einmal die Roheisen-Jahresproduktion an einem idealen Beispiel. Dieselbe stellt sich, wie oben angegeben, auf etwa 21 Millionen Tonnen. Denkt man sich diese Menge auf eine quadratische Grundfläche von 1000 Meter, also 1 Kilometer Länge, ausgegossen, so würde schon eine derartig bemessene quadratische Eisenplatte von nur 2,88 Meter Dicke unseren jährlichen Roheisenbedarf darstellen, und giebt man dieses Eisen um zu einem Cylinder von 100 Meter Durchmesser, so erhielte man aus der Eisenmenge eine Säule von 360 Meter Höhe.

Es läßt sich diese immerhin noch sehr große Menge schon eher mit einem Bauwerk in Vergleich stellen. Es sei deshalb hier ein zu den Weltwundern gezähltes, wirklich noch bestehendes Bauwerk gewählt, welches sich durch die dabei zur Verwendung gebrachten gewaltigen Massen auszeichnet, nämlich die Pyramide des Cheops. An diesem Bauwerk wurden nach Herodots Mittheilungen 30 Jahre lang 100000 Menschen beschäftigt, die sich von drei zu drei Monaten ablösten; es hat eine Grundfläche von 51,736 Quadratmeter und eine Höhe von 137,2 Meter, nimmt also einen Raum von rund 2,37 Mill. Kubikmetern ein. Wollte man diesem steinernen Denkmal eines aus Roheisen nachbilden, so würden mit einem derartigen Stück Arbeit die sämtlichen Hochöfenwerke der Erde noch nicht einmal ein Jahr hindurch ausreichend Beschäftigung finden, sondern es bliebe noch ein Roheisenblöckchen von 460000 Kubikmetern verfügbar.

Um die Kosten der Roheisen-Jahresproduktion noch kurz zu überschlagen, wollen wir annehmen, das Eisen würde durchschnittlich mit 40 Mark die Tonne bezahlt, so ergäbe sich für die ganze Jahreserzeugung eine Summe von 840000 Mill. Mark.

Zum Krankenkassenwesen.

Das kaiserliche Statistische Amt hat jetzt eine Mittheilung erfolgen lassen, welche die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen nach Hauptposten behandelt, aus der sich also ergibt, welche Geldmittel die neue Organisation für die Zwecke der Krankenpflege in Bewegung setzt.

Am Schlusse des Jahres 1885 waren in 18,776 Kassen bereits mehr als 4 1/4 Millionen Personen versichert.

Was zunächst die Gesamtsumme dieser Posten betrifft, so ergaben sich für das ganze Jahr 1885 bei:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
der Gemeindekrankenversicherung	4,613,767	4,139,536
den Orts-Krankenkassen	21,421,981	17,465,209
den Betriebs- (Fabrik) Krankenkassen	25,606,477	18,433,989
den Bau-Krankenkassen	427,153	307,381
den Innungs-Krankenkassen	315,334	252,251
den eingeschriebenen Hilfskassen	11,410,143	10,037,429
den anderen freien Hilfskassen	2,305,434	2,011,082
sämmtlichen Krankenkassen	66,100,344	52,646,826

Da sich zwischen den Einnahmen und Ausgaben eine Differenz von 13.45 Millionen Mark zu Gunsten der ersteren ergibt, so könnte es hiernach scheinen, als ob die Kassen eine im Verhältniß zu den verwendeten Mitteln ungewöhnlich große Summe aufgebracht hätten; indessen muß beachtet werden, daß unter den Einnahmen mehr als sechs Millionen Mark Rassenbestand aus dem Vorjahr sind und zur Bestreitung der nächstbevorstehenden Ausgaben eine entsprechende Summe in das folgende Jahr übertragen werden mußte, auch aus dem Ueberfluß der Einnahmen der Reservefonds zu dotiren war.

Wenn man als wichtigsten Posten auf der einen Seite die Eintrittsgelder (die übrigens bei der Gemeinde-Krankenversicherung nicht erhoben werden sollen) und die Beiträge, die bei den fünf oben zuerst angeführten Kassen bekanntlich zu 2/3 dem Arbeitnehmer, zu 1/3 dem Arbeitgeber, bei den eingeschriebenen Hilfskassen und den anderen, d. i. auf landesrechtlichen Vorschriften beruhenden freien Hilfskassen ganz dem Arbeitnehmer zur Last fallen, aussondert; auf der andern Seite alle Posten, die als Krankheitskosten bezeichnet werden müssen, nämlich: die Krankengelder, die Bezahlung von Arzt und Arznei und die Verpflegungskosten an Krankenanstalten, so ergeben sich folgende Zahlen:

	Eintritts- gelder und Beiträge M.	Krankheits- kosten M.
Gemeinde-Krankenversicherung	4,010,248	3,983,821
Orts-Krankenkassen	19,031,229	13,795,618
Betriebs-Krankenkassen	20,448,223	16,201,600
Bau-Krankenkassen	367,608	278,121
Innungs-Krankenkassen	275,701	200,003
Eingeschriebene Hilfskassen	10,087,887	8,558,960
Anderer freie Hilfskassen	1,814,182	1,583,496
Sämmtliche Krankenkassen	56,135,080	44,552,619

Da sich die mittlere Mitgliederzahl der sämtlichen Kassen für das Jahr 1885 auf 4,010,702 berechnet, so kommen auf 1 Mitglied: 16,48 Mk. Einnahmen, 13,13 Mk. Ausgaben überhaupt, 14,00 Mk. Eintrittsgelder und Beiträge und 11,11 Mk. Krankheitskosten.

Unter den Ausgaben bestehen neben den oben bezeichneten Krankheitskosten als Hauptposten die Sterbegelder im Betrage von 2,188,448 Mk. und die Verwaltungskosten mit 3,384,536 Mk.

Aus der Höhe dieser letzteren, die sich in der in Rede stehenden Veröffentlichung, wie alle anderen Daten, nach Kassenarten und Gebietstheilen nachzuweisen finden, könnten leicht unzutreffende Folgerungen gemacht werden, wenn man sich nicht alle in Betracht kommenden Momente vergegenwärtigt. Das kaiserliche Statistische Amt sagt in den Vorbemerkungen zu seinen Tabellen, daß sich der Mangel einheitlicher Vorschriften über die Rechnungsführung bei den Krankenkassen in dieser Statistik überhaupt fühlbar mache, für die Rubrik „Verwaltungskosten“ aber auch deshalb, weil es gerade hier zweifelhaft sein konnte, ob dieser oder jener Posten dorthin oder etwa in die Rubrik „Sonstige Ausgaben“ zu setzen war. Nimmt man nun aber an, daß dieser Mangel bei allen Kassenarten gleichmäßig auf die Ergebnisse eingewirkt hätte, so könnte man aus der relativen Höhe der Kosten bei den einzelnen Arten Schlüsse auf ihre mehr oder weniger kostspielige Verwaltung ziehen wollen.

Die Zahlen sind diese, — wobei die Gemeinde-Krankenversicherung, deren Verwaltungskosten von den Gemeinden zu tragen sind, sowie die Betriebs- und Bau-Krankenkassen, denen höchstens sächliche Verwaltungskosten angerechnet werden dürfen, außer Betracht bleiben:

	Verwaltungs- kosten M.	— Proz. der Gesamt- Ausgaben.
Orts-Krankenkassen	2,133,719	12,2
Innungs-Krankenkassen	23,675	1,1
Eingeschriebene Hilfskassen	821,522	8,2
Anderer freie Hilfskassen	155,783	7,7

Hierzu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Ein solcher Vergleich darf aber zu einem ungunstigen oder günstigen Urtheil bezüglich dieser oder jener Kassenart nicht gezogen werden, denn es kommt hier das Alter der Kassen wesentlich in Betracht. Dieses ist nun bei den 3693 Orts-Krankenkassen das niedrigste; dieselben waren eben erst durch das Gesetz ins Leben gerufen, mit Organisationsausgaben belastet und befinden sich noch gegenwärtig im Zustande des Erfahrungs-Sammelns. Von den Innungskassen ist ein großer Theil (75 von 224) erst im Laufe des Jahres 1885 errichtet, oder reorganisiert worden und befindet sich daher in derselben Lage. Dies ist bei den eingeschriebenen Hilfskassen durchaus nicht in dem Umfange (von den 1805 nur bei 272, also ca. 1/7 von den Innungskassen 1/3) der Fall, und noch viel weniger bei den anderen freien Hilfskassen (nur 8 von 474 wurden im Laufe des Jahres errichtet). Die bezeichneten Kassenarten haben also im Jahre 1885 unter durchaus verschiedenen Bedingungen gearbeitet und es sind daher Schlüsse, die aus den vorliegenden Zahlen etwa zu Gunsten der sogenannten „freien“ Kassen gezogen werden sollen, durchaus abzuweisen.“ (Natürlich!)

„Im Uebrigen ist die finanzielle Lage der Kassen aus dieser Veröffentlichung noch nicht zu beurtheilen, vielmehr wird dieselbe erst durch weitere Nachweise über die Rechnungsabläufe und durch eingehende Berechnungen klar gestellt werden können, deren Mittheilung in einer späteren besonderen Veröffentlichung des Statistischen Amtes in Aussicht gestellt ist.“

Vermischtes.

— Welchen Werth haben die Gliedmaßen eines Arbeiters? Diese Frage ist mit bemerkens-

werther Grundsätze auf einer in Berlin abgehaltenen Konferenz von Ärzten der Eisenbahn-Werkstätten beantwortet worden. Es handelt sich um Festsetzung von Grundsätzen zur Beurtheilung der Erwerbsunfähigkeit verletzter Arbeiter und wird in Zukunft hierbei nach folgendem, von den Ärzten aufgestellten Schema zu entscheiden sein: 100 pCt. Erwerbsunfähigkeit ist vorhanden, wenn der Betreffende beide Augen, beide Arme oder Hände, beide Beine oder Füße, je einen Arm oder eine Hand und einen Fuß verloren hat; ferner 60 pCt. wenn er die rechte Hand, 50 pCt., wenn er einen Fuß, 40 pCt., wenn er die linke Hand, 33 1/3 pCt., wenn er den rechten Daumen, 22 pCt., wenn er ein Auge, 14 pCt., wenn er den Daumen der linken Hand oder den Zeigefinger der rechten Hand 8 pCt., wenn er den Zeigefinger der linken Hand, 6 pCt., wenn er sonst je einen Finger der rechten Hand, 4 pCt., wenn er sonst einen Finger der linken Hand bei einem Unfall im Betriebe verloren hat. Bemerkenswerth ist bei dieser Aufstellung, daß der Daumen der rechten Hand einen um 11 1/3 pCt. höheren Werth hat, wie ein Auge. Gewiß ist es in einem solchen Fall für den Arbeiter sehr schwierig, mit dem fehlenden Daumen an der rechten Hand sich an die Arbeit zu gewöhnen; bei dem Verlust eines Auges wird jedoch in der Regel die Sehkraft des anderen Auges mit beeinträchtigt, und die Gefahr der späteren Erblindung ist nicht ausgeschlossen. Es wäre also wohl bei den Augen ein etwas höherer Prozentsatz anzunehmen. Wollen wir hoffen, daß die Eisenbahnarbeiter nicht in die Irre kommen, diese Aufstellung auf sich angewandt zu sehen.

Sechs Wochen Gefängniß wegen Erschleichung von Krankengeld. Der Tischlergeselle Pfennig war in Berlin Mitglied der Hamburger Central-Tischlerklasse gewesen und hatte jene Mitgliedschaft auch dann noch aufrechterhalten, als er sich mit seiner Ehefrau in Trebbin niederließ. Am 2. August v. J. meldete er sich bei einem Arzte in Trebbin krank, ließ sich aber anstatt eines Krankenscheines zwei derselben unterschreiben, unter der Vorspiegelung, daß sei bei der Klasse so Vorschrift. Die Krankheit dauerte nur vier Tage, die Genesung wurde unter dem 6. August nur auf einem Formulare bescheinigt. Nun fällte der Angeklagte die Daten so, daß der eine Krankenschein vom 2. bis zum 8., der andere vom 8. bis zum 16. August reichte. Auf den ersten Schein wurde ihm von Hamburg aus das Krankengeld für eine volle Woche mit 14 Mark zugesandt, weil er vorgab, er könne die von der Kassenverwaltung vorgeschriebene polizeiliche Beglaubigung nicht erlangen; als er aber den zweiten Schein wieder ohne Beglaubigung nach Hamburg schickte, wurde die Absendung des Krankengeldes verweigert und die eingeleiteten Nachforschungen machten den Schwindel an den Tag. Die erste Strafkammer des Landgerichts II Berlin, vor welcher sich Pfennig und seine Ehefrau zu verantworten hatten, verurtheilte Pfennig wegen eines vollendeten und eines versuchten Betruges in idealer Concurrenz mit wiederholter Urkundenfälschung, und hatte er es lediglich seiner bisherigen Unbescholtenheit und der Geringfügigkeit des erschwundenen Betrages zu danken, daß er mit sechs Wochen Gefängniß davonkam.

Correspondenzen.

Münster. Wir haben am 30. Januar am hiesigen Orte einen Fachverein für Metallarbeiter gegründet. Die Anzahl der Mitglieder ist 24. Die Reiseunterstützung an Fachvereinsmitglieder, welche 8 Wochen bei einem Fachverein gefestert haben, beträgt vorläufig 50 Pf. und wird bei unserm Kassier F. Haage, Wilhelmstr. 74, Mittags von 12—1 1/2 und Abends von 8 Uhr ab bezahlt.

Mit Gruß

Carl Eckardt, Vorsitzender.

Barmen. Zur gefälligen Kenntnissnahme, daß der Fachverein der Metallarbeiter in der Generalversammlung am 1. Januar folgenden Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Fischerstr. 6, erster, Hugo Schmerenbeck; 2. Vorsitzender: Wilhelmstr. 14, Schriftführer, Aug. Dalbender; Kassier: Briefe etc. sind an den 1. Vorsitzenden zu richten.

Der Vorstand.

Nürnberg. Samstag, den 22. Januar hielt der Fachverein der Tischler seine jährliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Als Hauptpunkt der Tagesordnung waren die Neuwahl der Verwaltung und besonders der von Stuttgart angeregte Verband, resp. die von den Mitgliedern des Hamburger Klempner-Fachvereins angenommene Resolution zur Debatte gestellt. Nachdem die Neuwahl vollzogen war, wurde die Nürnberger Resolution zur Debatte gestellt. Sämmtliche Redner sprachen für dieselbe und wurde demnach einstimmig beschlossen, derselben beizutreten. Dabei wurde auch betont, sich immer als selbstständig zu betrachten und einem Verbande unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht beizutreten zu wollen. Die vom Nürnberger Fachverein für Tischler verabreichte Unterstützung von 1 Mark an reisende Kollegen, die nachweisen, daß sie einem

Fachverein (auch Metallarbeiterfachverein) 8 Wochen angehören, wird nach wie vor auf unserer Herberge, „König von England“, breite Gasse ausgehollt.

G. Schmidt, Vorstand, Feuerweg 24.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S.).

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1887.

Einnahme. Kassenbestand ultimo Dezember 1887 Mk. 84905,22. Von Wochen 50. Wale 81. Altbach 20. Altona 100. Arnbach 41,18. Arnbach 80. Bendersheim 60. Berlin 8 50. Berlin 4 800. Befungen 120. Bienenhof 20. Bodenbrüder 70. Burg b. Magd. 30. Bochum 20. Bodenheim 150. Bries 11. Cassel 100. Cassel 00. Chemnitz 100. Düsseldorf 46,92. Dörs 50. Dresden-Alstadt 300. Dornitz 50. Eibitzheim 20. Eilingen 88,04. Eutingen 80. Faunbau 100. Fernerleben 100. Flensburg 50. Frankfurt a. D. 50. Gersdorf 120. Giesendorf 80. Gera 80. Giesmünde 80. Ginnheim 40,77. Giesberg 60. Gorbitz 100. Grewenbrich 22,88. Gröschheim b. Darmstadt 89. Hamburg 150. Hauen 53. Hüttingfeld 29,05. Hemelingen 80. Herford 25. Hülshausen 40. Hameln 50. Ibersgöhlen 60. Jülich 80. Kaiserlautern 43,20. Königshagen 150. Langenfeld 80,87. Laufach 155,02. Lemdorf 50. Limburg 40. Lollar 33. Loschwitz 100. Magdeburg 75. Mannheim 400. Marburg 56. M. mel 65,67. München 200. Mörich 20. Meierich 30. Neustadt b. Stolpen 17,02. Neuh. 50. Niederrad 200. Oberursel 73,73. Oehringen 35. Oels 35. Odenburg-60. Klein-Ottersleben 80. Plauen i. Vogtland 9,07. Randersacker 15,53. Ratingen 70. Reutlingen 150. Rothensittmold 60. Schladen 70. Schwanbrück 53,74. Schramberg 126,40. Schwabach 50. Stollberg b. Chemnitz 113,86. Straßdorf 38,42. Unterleibschach 75,12. Unterlohn 20. Weid. 50. Weibert 50. Wieselbach 20. Wehlheiden 100. Weimar 25. Wolfenbüttel 50. Würzburg 30. Worms 26. Beiträge von Mitgliedern außerhalb einer Filiale 149,86. Strafe von Kranken Mitgliedern außerhalb einer Filiale 33,15. Vergütung an Porto 12. Von der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft in Frankfurt a. M. 130,80. Summa 92013,52.

Ausgabe. Nach Altbuch 60. Bamberg 100. Bergedorf 50. Berlin 1 150. Berlin 7 300. Berlin 8 300. Bismarck 100. Budau 200. Bries 65. Coburg 25. Cotta 50. Crum- bach 50. Dautringen 140. Dresden-Neustadt 00. Düsseldorf 75. Duisburg 180. Edenheim 50. Elpe 50. Eberfeld 150. Entingen 50. Erfurt 100. Essen 60. Euer 125. Gahlenz 40. Gerresheim 100. Gieshülfen 50. Götting 100. Hagen 270. Halle a. d. S. 250. Hannover 200. Harburg 100. Harles- hausen 80. Hülpe 75. Hilden 75. Hochfeld 40. Höchst a. M. 200. Höfenberg 100. Humboldt-Colonie 50. Kappel 50. K. n. denich 30. Kaufach 100. Leichhausen 150. Lindenhof 150. Lötze 60. Melken 50. Medarau 120. Neue-Neustadt-Magdeburg 70. Neu- münster 275. Neustadt a. d. S. 50. Niesern 100. Nippes 100. Oberh. 250. Olpe 50. Osnabrück 75. Radebeul 135. Ratibor 50. Rintheim 50. Schlittenbach 100. Sohlen 100. Ueberach 50. Unterbach 55. Wargen 30. Wetter 75. Krankengeld an J. Behrend, Spandau 58,50. E. Berger, Greiffenberg 29,25. J. Böhm, Oberlahnstein 13,65. P. Demmel, Ulm 19,50. G. Enderle, Ravensburg 12,95. G. Frieß, Windsheim 19,80. A. Frieß, Gommern 9,75. H. Gamppe, Bromberg 10,75. H. Laue, Jeth 43,15. H. Meyer, Schwandorf 10,10. H. Preußner, Bayreuth 29,25. G. Rabe, Hagenow 33. M. Rosenthal, Wernigerode 30,55. F. Schaaf, Ulm 19,50. B. Schlimper, Widdersheim 29,25. F. Schöder, Spandau 42,90. G. Seng, Casdorf 29,25. A. Steinte, Pots- dam 34,95. D. Weniger, Bredow 23,40. J. Zäpfel, Neustadt a. d. W. 41,55. Verpflegungskosten für G. Braun im Kranken- haus zu Wittenberge 17,57. Für Druckkosten an Diez 468,50. an Wör- in u. Co. 350,33. 500000 Quittungsmarken 275. An die drei Vorstandsmitglieder Deisinger, Bremer und Theiß Fahr- geld und Vergütung für eine gleichzeitige Revisionsreise 215,05. Gehalt an die Vorstandsmitglieder 435. Vergütung an die Revisionscommission 30,15. Bureau-Miethe, Reinigung, Beleuch- tung und Heizung 125. Porto und sonstige Ausgaben 194. Summa 9321,60.

Table with 2 columns: Bilanz, and 2 rows: Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand.

Berichtigung. In der Dezember-Abrechnung ist in der Ein- nahme Barren mit Mk. 150 vergessen. Die Gesamtsumme bleibt dieselbe.

Veränderte Adressen.

- Baden-Baden. Bev. A. Paor, Mühlengasse 4. Berlin I. Bev. P. Kunth, S. W. Barutherstr. 12, S. p. Berlin II. Bev. A. Hüner, N. W. Stromstr. 49, S. 1. Loschwitz. Bev. G. Jenkisch, Dorfplatz 317. Medarau. Bev. K. Linnemann, pr. Abt. Fr. Ad. Bismarck- straße 328. Niederrad. Bev. J. Kraft, Fortshausstr. 7. Nötzen b. Gießen. Bev. F. Balzer, Nr. 75. Schwarzort b. Remel. Bev. E. Duad. Essen a. d. R. Bev. nicht Vatermann sondern Battermann. Gasse. Bev. Kolandstr. 13. Mannheim. Verkaufsg. Alles an den Kassier. Schönberg. Bev. B. Wolff. Straßdorf. Bev. K. Bek, Gmunderstr. 30. Zempelhof. Kass. R. Leonhardt, Berlinerstr. 35.

Neue Filialen: Wietfeld. P. Böker, pr. Abt. Frau Süttemann, Waldbhof 8. München-Gladbach. Bev. F. Sasse, Regentenstr. 224. Kass. J. Janßen, Schelerstraße 4. Otto-Schacht b. Dönnbrück. Bev. K. Kröschke, Kesselschmied. Kass. A. Sundermann, Schmied. Wöhrwinkel. Bev. C. Kreimendahl. A. H. C. Schumacher, Nr. 675.

Angelbst: Brade a. W., Dülkstein, Neustadt b. Stolpen, Würm- berg, Würzen.

Vereinigung der deutschen Schmiede.

Alle Mitglieder werden nochmals daran erinnert, bei Abreise auf Wanderschaft, sich bei dem Bevollmächtigten und Kassier abzumelden. Unterschriften sind nur an solche Mit- glieder zu zahlen, welche ihre statutarische Verpflichtungen nach- gekommen sind.

Der Vorstand. J. A.: G. Tempel.

Adressenveränderungen.

- Altona. Bev. P. Jander, Schmalzweg 95. Berlin. Bev. K. Thomas, Naurynstr. 71, v. 4 Tr. Hannover. Bev. A. Pohl, Annenstr. 5a. Kass. G. Pöffel, Kalenbergerstr. 42. Lübeck. Bev. J. Schneider, Al. Grebelgrube 14.

Berlin. Die hiesige Mitgliedschaft hielt Sonntag, den 6. Febr. die erste Versammlung in dem neuen Vereinslokal „Nießes Salon“ Kommandantenstr. 71 ab. Nachdem die Abrechnung des 4. Quartals 1886 bekannt gemacht, wurde dem Kassier Herrn Pfaffsch Decharge erteilt für die gute Verwaltung der Zahl- stelle. Sodann wurde an Stelle des Herrn Matthes, welcher Familienverhältnisse halber sein Amt niedergelegt, Herr Thomas zum Bevollmächtigten, sowie Herr Bofin II zum Kassier gewählt. Herr Tempel forderte sodann die Neugewählten auf, sich nun mit vollen Kräften dem Verein hinzugeben und tüchtig mit zu arbeiten am Wohle der Gesamtheit. — Beim 3. Punkt der Tagesordnung „innere Angelegenheiten“ kam zuerst das Herbergs- wesen zur Sprache und wurden verschiedene Mängel desselben besprochen und Abhilfe beschlossen. Sodann forderte Herr Matthes die Commission zur Controle der Sonntagsarbeit auf, doch recht auf dem Platze zu sein und unnothiglich ihres Amtes zu waltten. Herr Tempel berichtete noch über einen Fall aus Hamburg, wo die betreffenden Controleure des Hausfriedens- bruches angeklagt waren, jedoch freigesprochen wurden und brachte den betreffenden Artikel aus der Vereinszeitung zur Verlesung. Nimmehr wurde eine Mittheilung gemacht, welche wieder so recht zeigt, mit welchen Waffen die Innung kämpft. am 12. Febr. findet ein Maskenball, veranstaltet von der Vereinigung, im Colosseum statt; in den letzten Tagen sind nun einige Personen zum Wirth des betreffenden Lokals gekommen und haben ihm vorgeschwindelt, daß er wohl kein Geschäft machen würde, da die gesammten Schmiede Berlins an demselben Abend den von der Innung veranstalteten Maskenball in der „Philharmonie“ besuchen würden! — Nun hat aber die Innung wohl an dem- selben Abend einen Maskenball veranstaltet, aber nicht in der Philharmonie, sondern in einem viel unansehnlicheren Saal, wie unserer ist. — Es ist also klar, daß diese Vereinsküpfung nur stattgefunden, um den Wirth zu bestimmen, der Vereinigung den Saal zu entziehen. Dies ist den Herren jedoch nicht ge- glückt und werden die Schmiede am 12. Febr. die Antwort da- durch geben, daß unser Maskenball überfüllt ist. Fritz Lindenber.

Reiseunterstützungsvereine der Feilenhauer.

Mürnberg. Allen Collegen zur Nachricht! Ja, ja, es werden tüchtige Feilenhauer gesucht! Aber 10 und 12 Mk. ist ein sehr guter Lohn bei Herrn E. Timmich in der Feilen- fabrik zu Glaißhammer. Und es ist schon oft genug dagewesen, daß die Feilenhauer durch falsche Annoncen nur gefoppt werden. Das Schönste ist, daß der Herr Timmich eine solche gute Fabrikordnung hat, welche lautet: „Wegen Nichtbefolgen meines Auftrages wird der betreffende Arbeiter sofort entlassen bei Entziehung des Lohnes.“ Feilen, welche 1 Kilo schwer sind, werden gewogen; aber es gibt Feilen, welche 45-50 cm lang sind und auch nur 1 Kilo schwer sind. Der betreffende Arbeiter muß eine solche Feile um 12 Pf. hauen. H. Bloch. (Diese Einblendung hat Bezug auf die Annonce in voriger Nummer unseres Blattes. Wir hatten keine Kenntniß von den Zuständen bei Timmich, sonst würden wir die Aufnahme ver- weigert haben. D. Red.)

Anzeigen.

(Privat-Anzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andernfalls der Abdruck unterbleibt.)

Die beste Arbeitshose für Metallarbeiter ist die ächte Hamburger Engl. Lederhose. Ich empfehle dieselbe in allen Farben und Größen. Bequemer Schnitt, gute Arbeit. I. Qualität Mk. 9,50. II. " " 8,50. III. " " 7,50. Versandt nach Auswärts gegen Nachnahme. Flegelstr. 7, Nürnberg.

Zur gefälligen Beachtung. In unserem Verlage erschien der Deutsche Handwerker und Arbeiter-Notiz-Kalender für 1887. (IX. Jahrgang).

Unser Notizkalender, seit Jahren in den deutschen Arbeiter- und Handwerkerkreisen rühmlichst bekannt, ist nicht bloß Kalender, sondern zugleich Notizbuch und Gesefsammlung. Auch in diesem Jahre ist sowohl auf den Inhalt als die Ausstattung besondere Sorgfalt verwendet und ist namentlich bezüglich des Einbandes Vorzügliches geleistet und bestes Material dazu verwendet. Neben der gewöhnlichen Ausgabe ist auch wieder eine stärkere veranstaltet, welche mehr Schreibpapier enthält und kräftigen Leinwandeinband mit Deckel nach Briefkastenart, und Gummiabdruck hat. Auch bei der gewöhnlichen Sorte sind diesmal die Ecken abgerundet.

Inhalt des Kalenders:

Kalendarium mit neu revidirtem Geschichtskalender; Postalfache Bestimmungen; Telegrammtarif; das ganze Unfallversicherungsgesetz mit Anhang vom 28. Mai 1885; Gesetz über die eingeschriebenen Hilfs- kassen mit der Novelle vom 1. Juni 1884; das Reichstags-Wahlgesetz mit Reglement; Auszug aus dem Reichs-Patentgesetz; Gewinbeschneide- tabelle für Metallarbeiter; Schreibpapier mit Da- tumangaben für Tagesnotizen, leeres Schreibpapier, Briefkästchen. Der ganze Kalender ist 14 Bogen stark.

Preis der einfachen Ausgabe 50 Pfg. 75 Pfg. für stärkere

Wiederverkäufer erhalten lohnenden Rabatt. Einzelverkauf nach Auswärts gegen Einblendung des Betrages in Briefmarken incl. 10 Pfg. Porto. Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen Hochachtungsvoll

Wörlein & Comp.

Brief-Marken-Fabrik.

Quittungs-Marken für Krankenkassen, Vereine u. s. w.

zum Quittiren der Beiträge liefert sauber und billig die erste deutsche Quittungsmarken-Fabrik von

Jean Holze in Hamburg, Sohe Bleichen Nr. 43-44. Proben und Preiscurant gratis und franco. Versandt portofrei. Lieferant sämmtl. Central-Krankenkassen und vieler Vereine, Privat-Briefbeförderung Deutschlands.

Wichtig für Werkstätten-Arbeiter. Gegen Einblendung von 1,10 Mk. in Briefmarken umgehend franco zu beziehen:

„Die Unfall- u. Kranken-Versicherung etc.“ Brosch. ca. 180 Seiten. durch J. Bod, Königsberg i. Pr., Philosophend. 5.

Nürnberg. Nachverein der Schlosser und Maschinenbauer.

Samstag, den 12. Februar, von Abends 8 Uhr an, findet im Saale des „Vedengarten“ das I. Stiftungsfest unseres Vereins mit Concert und Ball statt. Die verehrlichen Mitglieder werden zu recht zahlreicher Be- theiligung freundlichst eingeladen. Karten für einzuführende Mitglieder sind beim 1. Vorsitzenden J. Scherm, Weizenstr. 12, zu haben. Die Verwaltung.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß der Mitglieder, daß die kgl. Regierung von Mittelfranken unser Statut betr. der Sterbekasse genehmigt hat.

Samstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal „König von England“ Mitglieder-Versammlung. Vor Beginn der Versammlung Aufnahme neuer Mit- glieder. Zahlreicher Betheiligung sieht entgegen Der Vorsitzende.